

Am 9. Februar kommen eine Vorlage auf städtischer, vier auf kantontaler und zwei auf eidgenössischer Ebene zur Abstimmung. Der «Höngger» hat die in den Zürcher Parlamenten vertretenen Parteien aus dem Wahlkreis 6 und 10 um ihre Empfehlung gebeten. Die Nummerierungen auf dieser Doppelseite entsprechen jenen der Vorlagen.

Städtische Vorlage

1) Teilersatz Tramdepot Hard mit neuer kommunaler Wohnsiedlung, Industriequartier, Objektkredit von 203,525 Millionen Franken.

Kantonale Vorlagen

1) Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen (PTLG)

2) Projekt Rosengartenram und Rosengartentunnel in der Stadt Zürich

3A) Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)»

3B) Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle»

Eidgenössische Vorlagen

1) Volksinitiative vom 18. Oktober 2016 «Mehr bezahlbare Wohnungen» (BBI 2019 2583).

2) Änderung vom 14. Dezember 2018 des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Diskriminierung und Aufruf zu Hass aufgrund der sexuellen Orientierung) (BBI 2018 7861)



SVP
Johann Widmer,
Unternehmer

Städtische Vorlage

1) **Nein.** Die Modernisierung des Tramdepots für 70 Millionen wäre ein sinnvolles Projekt. Wir sind aber entschieden gegen die 130 Millionen für die geplanten Luxuswohnungen in der kommunalen Wohnsiedlung. Zudem wird der Bodenpreis in der Miete nicht berücksichtigt, was eine unzulässige Verzerrung des Mietzins darstellt.

Kantonale Vorlagen

1) **Nein,** weil das Gesetz, zu einem Bewilligungs-Moloch ausarten wird.

2) **Ja.** Einzelne Wohnhäuser werden diesem Projekt zwar weichen, dafür wird ein grosses Quartier beruhigt. Die Lebensqualität steigt massiv. Die verkehrsberuhigte Rosengartenstrasse bietet wieder Platz für eine entsprechende Gestaltung. Es ergeben sich wieder Möglichkeiten, um grüne Lungen zu erstellen und die gefällten Baumalleen und Parkflächen werden auf der ganzen Strecke kompensiert.

3A) **Ja,** weil das erneut ein Anliegen ist, das auf der unfairen sozialistischen Ideologie beruht.

3B) **Ja,** weil dieser Vorschlag für eine Steuerentlastung für alle führt.

Stichentscheid:

Beim Stichentscheid soll die Mittelstandsinitiative angekreuzt werden.

Eidgenössische Vorlagen

1) **Nein,** weil diese Idee der Wohnbauförderung keine marktwirtschaftliche Massnahme ist – das führt zu sozialistischen Zuständen.

2) **Nein,** weil dies ein weiteres sinnloses Gesetz ist, das versucht, Umgangsformen mit Gesetzen, statt mit Erziehung zu lösen.



GLP
Daniela Güller,
Co-Präsidentin
GLP Kreis 6&10,
Betriebsökonomin

Städtische Vorlage

1) **Ja,** durch die Nutzungserweiterung mit zwei Wohntürmen ist dies ein Schritt zur weiteren Verdichtung in der Stadt, jedoch vermissen wir auch bei diesem städtischen Projekt wiederum eine klares Kommitment zur Begrünung.

Kantonale Vorlagen

1) **Nein,** das Gesetz bringt nur weitere Bürokratie und Kontrollen, welche aus liberaler Sicht überflüssig sind und Innovationen verhindern.

2) **Nein,** denn der ökonomische Nutzen ist fraglich und die «erwarteten» Kosten in keinem Verhältnis. Das Erweitern der Fahrspuren von vier auf sechs ist kontraproduktiv für unsere Stadt und würde zu Mehrverkehr führen. Ein Tramtrasse an dieser steilen Lage wird schwierig sein und durch das Abbrechen der Brücke zwischen Höngg und Wipkingen, wird das Quartier eher noch mehr getrennt als zuvor. Insgesamt ist es aus ökologischer Sicht sowieso abzulehnen. 250 000 Lastwagenfahrten würden alleine für den Aushub benötigt!

3A) **Nein,** durch die Juso-Steuerinitiative ändert sich für die untersten zehn bis 15 Prozent der Bevölkerung nichts und für Personen mit hohem Einkommen bedeutet es eine Mehrbelastung von bis zu 30 Prozent.

3B) **Nein,** zwar hat die Initiative das Ziel, den Mittelstand zu entlasten, was die Initiative attraktiv erscheinen lässt. Leider würde dies Steuerausfälle von 350 Millionen Franken bedeuten. Den Handlungsbedarf für eine solche Veränderung im Steuersystem erkennen wir nicht.

Eidgenössische Vorlagen

1) **Nein,** das Problem besteht eher im urbanen Raum und muss nicht auf die ganze Schweiz anzuwenden sein. Auch verfügen die meisten Städte schon heute über genügend zielführende Instrumente.

2) **Ja,** in Zukunft sollen gleichgeschlechtlich Liebende vor Herabwürdigung und Hetze geschützt werden.

2) **Ja.**



FDP
Martina
Zürcher-Böni,
Gemeinderätin,
Präsidentin
FDP 10
Ökonomin

Städtische Vorlage

1) **Ja.**

Kantonale Vorlagen

1) **Nein,** aus einer Allianz von SP und SVP ist im Kantonsrat ein Gesetz für das letzte Jahrhundert entstanden.

2) **Ja,** das Gesamtprojekt bringt endlich eine Lösung für das 47-jährige Provisorium. Der Tunnel schafft oberirdisch Platz für zwei neue Tramlinien, die deutlich mehr Kapazität haben als die heutigen Buslinien und deshalb die wachsende Mobilitätsnachfrage abfangen können. Die Kosten für Tram und Tunnel von 1,1 Mia. Franken sind vergleichbar mit der Einhausung Schwamendingen und dem Tram Hardbrücke. Im Einzugsgebiet der Rosengartenachse lebt rund ein Fünftel der Bevölkerung des Kantons Zürichs und arbeitet fast ein Drittel aller Beschäftigten des Kantons. Das Gesamtprojekt reduziert nicht nur massiv den Lärm und die dreckige Luft für die Anwohnenden, sondern schafft auch Platz für den Velo- und den Fussverkehr. Dafür braucht es Opfer: Einige Bauzeit und zirka 12 Häuser müssen weichen – in Schwamendingen waren es aber 45.

3A) **Nein,** mit der Progression im Steuergesetz bezahlen die höheren Einkommen schon heute massiv mehr. Beispiel: Die 3,5% mit den höchsten Einkommen haben zwar 21% am gesamten steuerbaren Einkommen, bezahlen aber bereits über 35% der Einkommenssteuern.

3B) **Ja,** durch die Heraufsetzung des Freibetrags würden alle Einkommensklassen weniger Steuern bezahlen. Die Ausfälle können Kanton und Gemeinden decken, in den letzten Jahren gab es laufend Überschüsse.

Stichfrage: B)

Eidgenössische Vorlagen

1) **Nein.** Die Nachfrage und auch das Angebot an günstigem Wohnraum sind in der Schweiz regional stark unterschiedlich. Eine starre Quote über die ganze Schweiz zu legen, ist deshalb nicht nur irrsinnig, sondern auch schädlich.

2) **Ja.**



Grüne
Monika
Bättschmann,
Gemeinderätin
Kreis 10
Leiterin
Alterszentrum

Städtische Vorlage

1) **Ja,** zu 200 Wohnungen und bestmöglichen Lösungen bezüglich Grünflächen.

Kantonale Vorlagen

1) **Stimmfreigabe**

2) **Nein,** weil mit diesem Tunnel mitten in Zürich und mitten im Wohnquartier für 1,1 Milliarden Franken lediglich eine Strecke von 700 Metern Länge beruhigt werden soll. Die nachfolgenden Strassen bleiben immer noch mit gleich viel oder mehr Verkehr belastet. Die monumentalen Tunnelportale benötigen viel Raum und verlagern die Probleme nur. Die Folgen für die angrenzenden Wohnquartiere sind nicht zumutbar und ein Stück Stadt wird unter anderem durch den Abriss von Häusern und von Baumalleen zerstört. Der Gemeinderat von Zürich hat sich deshalb gegen diese Stadtautobahn entschieden und selber das Referendum ergriffen.

Die Finanzierung durch den Bund ist nicht gesichert, da das zuständige Bundesamt den gigantischen Tunnel als ungenügend beurteilt. Insbesondere wird das schlechte Kosten-Nutzen-Verhältnis kritisiert. Die projektierte Stadtautobahn widerspricht allen klimapolitischen Zielen von Stadt und Kanton Zürich. Mehr Verkehr trägt sicher nicht zu einer Verbesserung des Klimaproblems bei. Der Zürcher Kantonsrat hat sich im Frühling 2019 für eine klimafreundlichere Politik ausgesprochen, dies beinhaltet eine deutliche Reduktion von CO₂-Emissionen. Der Bau dieser Stadtautobahn gefährdet alle diese Klimaziele.

3A) **Ja**

3B) **Nein**

Eidgenössische Vorlagen

1) **Ja,** weil das Wohnen ein Grundbedürfnis der Menschen ist. Mit der Initiative werden die Grundlagen geschaffen, damit der Bund den gemeinnützigen Wohnbau stärker fördern kann.

2) **Ja,** weil wer heute öffentlich zu Hass und Hetze gegen schwule, lesbische oder bisexuelle Menschen als Gruppe aufruft, nicht strafrechtlich belangt werden kann. Dieser unhaltbare Zustand muss geändert werden.



SP
Nicola Siegrist,
Kantonsrat,
angehender
Geograph

Städtische Vorlage

1) **Ja.**

Kantonale Vorlagen

1) **Ja.** Es braucht für Limousinendienste wie Uber und für Taxis gleich lange Spiesse, um die Beschäftigten zu schützen. Das Taxi-Gesetz ermöglicht genau das. Gleiche Regeln für alle!

2) **2x Nein.** Das Rosengartentunnel ist ein unsinniges Projekt. Der Tunnel, welcher der Stadt Entlastung bringen sollte, würde die Spurenanzahl von 4 auf 6 erhöhen. Damit würde die veraltete Verkehrspolitik der 70er-Jahre festzementiert! Noch mehr Autos in Zeiten der Klimakrise? Die Lösung für die Stadt wäre weniger, nicht mehr Verkehr und es gäbe einfache Methoden, um dies umzusetzen. Dazu kommen jahrelanger Umfahungsverkehr durch den Kreis 10 und riesige Tunnelportale mitten im Quartier. Für diesen Unsinn sollen wir absurde 1,1 Milliarden Franken bezahlen? Dieses «Geschenk» an die Quartiere lehnen wir dankend ab.

3A) **Ja.** Die Mieten und Krankenkassenprämien steigen jährlich. Gleichzeitig verteilen die Rechtsbürgerlichen munter Steuergeschenke an Gutverdienende. Die Entlastungsinitiative kehrt den Spieß um: Steuerliche Entlastung für normale und tiefe Einkommen, finanziert durch einen fairen Steuersatz bei den Bestverdienenden. 90% der Bevölkerung haben am Ende des Monats mehr Geld im Portemonnaie: www.entlastung-jetzt.ch

3B) **Nein.** Eine Mogelpackung mit jährlich 720 Millionen Franken Steuerausfällen. Nein zum Millionen-Bschiss am Mittelstand!

Eidgenössische Vorlagen

1) **Ja.** In Zürich wissen wir, was rar bezahlbarer Wohnraum ist. Die Mieten sind in der Schweiz im Durchschnitt 40% (!) höher, als sie gesetzlich sein dürften. Ja zu dieser Initiative und damit zu mehr bezahlbaren Wohnungen!

2) **Ja.** Auf Wörter folgen Taten. Entziehen wir Hass den Nährboden und schützen damit Lesben, Schwule und Bisexuelle!



AL
Judith Stofer,
Kantonsrätin AL
Kreis 6 und 10

Städtische Vorlage

1) **Nein.** Die AL-Vollversammlung diskutierte die Vorlage ausführlich und kontrovers. Die kritischen Stimmen setzten sich durch. Die AL sagt dezidiert Nein zu diesen überwerteten Wohntürmen direkt an der Limmat. Das Tramdepot Hard soll mit einer einfachen Renovation wieder funktionstüchtig gemacht werden. Überwertete Wohnungen sind unnötig.

Kantonale Vorlagen

1) **Ja.** Mit einem Ja zum neuen Taxigesetz werden die Rahmenbedingungen für Taxichauffeure verbessert und gleich lange Spiesse für klassische Taxis und Uber-Taxis eingeführt.

2) **Nein.** Das Strassenbauprojekt aus den 70er-Jahren verdient eine kräftige Abfuhr an der Urne. An diesem Projekt kann nur die Strassenbaulobby Freude haben, denn schliesslich erhält sie 1,1 Milliarden Franken zum Verlochen. Anders als die Befürworter*innen unablässig betonen, wird das Quartier auf der ganzen Linie verlieren. Jahrelanger Baulärm und -dreck, mehrere Häuser, die abgerissen werden, Zunahme des Schleichverkehrs durchs Quartier und vieles mehr. Nach der 15-jährigen Bauzeit ist der Boden für noch mehr Verkehr durchs Quartier gelegt.

3A) **Ja.** Der Spitzensteuersatz soll von 13 auf 17 Prozent erhöht werden. Die Initiative der Jusos möchte damit eine steuerliche Entlastung der unteren und mittleren Einkommen erreichen.

3B) **Nein.** Die Initiative der Jungfreisinnigen will die oberste Progressionsstufe (der sogenannte Dreizehner) abschaffen. Damit werden die sehr Gutverdienenden steuerlich massiv entlastet. Die Initiative reisst ein 350-Millionen-Loch in die Staatskasse.

Eidgenössische Vorlagen

1) **Ja.** Künftig soll jede 10. Neubaubauwohnung von einem gemeinnützigen Bauträger erstellt werden. Damit wird ein grosser Teil der Mietwohnungen der Spekulation entzogen.

2) **Ja.** Öffentliche Hasstiraden auf Lesben und Schwule sollen künftig mit der Antirassismus-Strafnorm verfolgt werden können.

Höngg aktuell

Sonntag, 26. Januar

Naturspaziergang – Knospen, der verpackte Frühling
14 bis 16 Uhr. Siehe Vorschau auf Seite 21.

Winterkonzert

17 bis 19.30 Uhr. Sinfonietta Höngg präsentiert: Böhmisches Klänge aus der Neuen Welt. Siehe Vorschau auf Seite 22.

Montag, 27. Januar

Meditativer Kreistanz

17 bis 18.30 Uhr. Sorgfältig angeleitete Kreis- und Wegtänze laden ein zu Besinnung und Begegnung. Anmeldung ist nicht nötig. Der Kreis ist offen für alle. 5 Franken pro Abend, übrige Kosten bezahlt die katholische Kirchgemeinde. Katholische Kirche, Limmattalstrasse 146.

Mittwoch, 29. Januar

Jugendtreff Underground

14 bis 18 Uhr. Der Jugendtreff ist mittwochs von 14 bis 18 Uhr geöffnet, ausser in den Schulferien. Willkommen sind explizit alle Jugendlichen der Oberstufe, die Religionszugehörigkeit spielt dabei keine Rolle. Sonnegg, Bauherrenstrasse 53.

Donnerstag, 30. Januar

Infoabend zur Fastenwoche

19 bis 21 Uhr. Am Infoabend werden Fragen beantwortet und Anleitungen abgegeben. Auch für Fasten-Interessierte aus der Reformierten Kirche. Pfarreizentrum Heilig Geist, Limmattalstr. 146.

Freitag, 31. Januar

Tanzabend

Ab 19.30 Uhr. Siehe Vorschau auf Seite 23.

A-capella Chor

20 bis 21.30 Uhr. Siehe Vorschau auf Seite 23.

Samstag, 1. Februar

Bring- und Holtag für Kindersachen

10 bis 11.30 Uhr. Siehe Vorschau auf Seite 23.

Kinderfasnacht

14.30 bis 18 Uhr. Mit Clown Pippo. Katholische Kirche und Pfarreizentrum Heilig Geist, Limmattalstrasse 146.

Fortsetzung auf Seite 19

Garage Riedhof
Autoelektrik und Fahrzeug-Diagnose
Modernste Test- und Messmethoden
Riedhofweg 35

- Service- und Reparaturarbeiten aller Marken
- Spezialisiert auf VW, Audi, Skoda und Seat
- Oldtimerservice

Alle Komponenten aus einer Hand – in höchster Qualität für Ihre Sicherheit

Tel. 044 341 72 26